

Paepke, Margrit

**Book Part**

## Empirische Befunde zur Entwicklung der Lebensverhältnisse in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

**Provided in Cooperation with:**

ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft

*Suggested Citation:* Paepke, Margrit (2010) : Empirische Befunde zur Entwicklung der Lebensverhältnisse in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, In: Rosenfeld, Martin T. W. Weiß, Dominik (Ed.): Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Politik und Marktmechanismus: Empirische Befunde aus den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, ISBN 978-3-88838-351-9, Verlag der ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover, pp. 7-19,  
<https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-361791>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/60178>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Margrit Paepke

# **Empirische Befunde zur Entwicklung der Lebensverhältnisse in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen**

## **Gliederung**

- 1 Einführung
- 2 Raumordnungspolitische Einordnung – Instrumente und Leitbilder seit 1990
- 3 Arbeitsmarktentwicklung und Wirtschaftswachstum
- 4 Einkommensmöglichkeiten und Konsumpotenzial
- 5 Bevölkerungsentwicklung
- 6 Aussagen aus planerischer Sicht

Literatur

## **1 Einführung**

Ein wesentliches Leitziel der Raumordnungspolitik in Deutschland ist es, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilräumen herzustellen. Die Frage, was heute unter diesem in § 1 Abs. 2 ROG formuliertem Leitziel zu verstehen ist, wird unter Fachleuten und im politischen Raum intensiv diskutiert.

Das Sozialstaatsprinzip und Artikel 72 Abs. 2 GG gelten allgemein als politische Forderung, zurückgebliebene Regionen so zu entwickeln, dass sie einen Anschluss an die Gebiete finden können, die die Spitze der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung darstellen (ARL 2006: 6 f.). Dies zeigt die wachstumsorientierte Politik in den 70er und 80er Jahren in Westdeutschland, die darauf ausgerichtet war, durch gezielte Förderprogramme zum Abbau regionaler Disparitäten beizutragen. Ein Süd-Nord-Gefälle blieb jedoch, wie der Raumordnungsbericht des Bundes von 1986 zeigt, innerhalb der damaligen Bundesrepublik bestehen. Wesentlich größere Disparitäten zeigten sich allerdings mit der Einheit Deutschlands im West-Ost-Gefälle. Anhand von ausgewählten, für die Bewertung der Lebensverhältnisse relevanten Indikatoren soll folgend der Zustand und die Entwicklung der drei mitteldeutschen Bundesländer dargestellt werden.

Auch auf die Aufgaben der Raumordnung wirkte sich die Entwicklung in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen aus. Hatten die ersten Landesentwicklungspläne, die Anfang bis Mitte der 90er Jahre entstanden, vorwiegend eine Ordnungsfunktion im Hinblick auf Investitionen und staatliche Fördermaßnahmen, so wandelte sich der Aufgabenschwerpunkt der Raumordnung unter dem Gesichtspunkt des demographischen Wandels und der zunehmenden Globalisierung in Richtung Ausgleichs- und Gestaltungsfunktion. Die Anforderungen an die Raumordnung bezüglich der Landes- und Regionalplanung sind heute, einerseits eine leistungsfähige Grundversorgung in allen Teilräumen langfristig zu sichern, andererseits aber auch Entwicklungsmöglich-

keiten zu schaffen bzw. zu unterstützen und damit zum Abbau regionaler Disparitäten beizutragen.

## **2 Raumordnungspolitische Einordnung – Instrumente und Leitbilder seit 1990**

Im 11. Raumordnungsbericht des Bundes von 1991, der erstmals für ganz Deutschland erstellt wurde, wird die folgende politische Zielrichtung formuliert: „Die Herstellung der deutschen Einheit hat auch zu einer neuen räumlichen Ausgangslage in Deutschland geführt. Das zentrale Ziel der Raumordnungspolitik des Bundes, in allen Teilräumen des Bundesgebietes gleichwertige Lebensbedingungen zu gewährleisten, hat dadurch noch an Bedeutung zugenommen.“ (Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 1991: 12).

Ein räumliches Leitbild und die Strategie für Gesamtdeutschland wurden mit dem Raumordnungspolitischen Orientierungsrahmen 1992 erstmals aufgezeigt. Der Schwerpunkt war klar formuliert: „Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den Teilräumen des Bundesgebietes – insbesondere in den neuen Ländern – soll gefördert werden“. Die besondere Situation in den neuen Bundesländern und der hohe Nachholbedarf waren ausdrücklich im Orientierungsrahmen hervorgehoben worden. Schon 1992 wurde darauf hingewirkt, dass es für die Entwicklung der Regionen von besonderer Bedeutung ist, die regionalen Eigenkräfte zu stärken (Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 1993).

Mit zunehmender Globalisierung und sich ändernden gesellschaftlichen Verhältnissen wird nunmehr verstärkt darüber diskutiert, was „gleichwertig“ in der raumordnerischen Praxis zu bedeuten habe. Die Raumordnung hatte sich in der öffentlichen Wahrnehmung schon immer damit auseinanderzusetzen, dass das Ziel „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ als Gleichheit interpretiert wird. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse entsprechend dem Grundgesetz ist jedoch nicht zu verwechseln mit Gleichheit (Barlösius 2006). Ausgleich meint auch nicht zwangsläufig Angleichung. Zwischen den Regionen, aber auch innerhalb der Regionen in Deutschland gab es und wird es auch weiterhin Unterschiede landsmannschaftlicher, wirtschaftlicher und sozialer Art geben. Breite Diskussion rief in diesem Zusammenhang die Rede von Bundespräsident Köhler zum 15. Jahrestag der Deutschen Einheit hervor, in der er feststellte: „Zur Ehrlichkeit gehört, den Menschen zu sagen, dass nicht überall in Deutschland die gleichen Lebensbedingungen geschaffen werden können.“

Was ist also unter Gleichwertigkeit zu verstehen? Heißt Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse nicht vielmehr Gleichheit der Entwicklungschancen und Möglichkeiten für die Bevölkerung in allen Teilen des Landes? Der Beirat für Raumordnung hat in seiner Stellungnahme zur Ausgestaltung des Leitprinzips der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ausgeführt, dass es weiterhin geeigneter Vorstellungen von raumbezogener sozialer Gerechtigkeit bedarf. Diese kann allerdings nicht in Verteilungsgerechtigkeit bestehen, sondern in einer Gerechtigkeit im Sinne von Verwirklichungschancen (Beirat für Raumordnung 2005). Bürgerinnen und Bürger in allen Teilräumen sollen die Möglichkeit haben, ein Leben zu führen, das sie selbst bestimmen können – dieses wird in unterschiedlich strukturierten Räumen mit unterschiedlichen Strategien umzusetzen sein.

Die durch die Ministerkonferenz für Raumordnung 2006 verabschiedeten „Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“ machen deutlich, dass der ökonomische, soziale, demographische und politische Wandel es erfordert, sich mit dem Leitprinzip „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ intensiv zu befassen.

Die Leitbilder enthalten Strategien zur Entwicklung des Raumes der Bundesrepublik Deutschland, ohne die vielfältigen spezifischen Bedingungen und Erfordernisse zur Entwicklung der einzelnen Regionen außer Acht zu lassen (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2006). Die Umsetzung der in den Leitbildern skizzierten Handlungsansätze, die Konkretisierung und Weiterentwicklung werden durch die Länder über die bewährten Instrumente der Landes- und Regionalplanung vorgenommen. Ohne Zweifel ist dabei die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge ein wichtiges Element, um gleichwertige Lebensverhältnisse in den Regionen zu erreichen. Zur Sicherung einer räumlichen Grundausstattung und von funktionalen Verflechtungen gehören dazu vorrangig Einrichtungen der Bildung und Betreuung, der gesundheitlichen Versorgung, der technischen Infrastruktur und der Verkehrsanbindung. Es war und ist Position der Raumordnung von Bund und Ländern, dass sowohl eine wachstums- und innovationsfördernde Politik im regionalen Maßstab als auch eine Ausgleichspolitik zur Entwicklung endogener Potenziale in strukturschwachen und peripheren Räumen notwendig ist. Beides dient der Entwicklung der Regionen und trägt dazu bei, gleichwertige Lebensverhältnisse unter schwieriger werdenden Bedingungen zu erreichen.

Unter dem Gesichtspunkt der notwendigen strategischen Überlegungen zur Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen hat sich die Landesarbeitsgemeinschaft der ARL Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen mit einer für das Gebiet der LAG realistischen Einschätzung der Situation und der Handlungsmöglichkeiten beschäftigt.

### **3 Arbeitsmarktentwicklung und Wirtschaftswachstum**

Regionale Disparitäten werden durch eine Vielzahl von Faktoren bestimmt. Dabei ist für die Entwicklung der Regionen ein sehr wichtiger Bereich der Arbeitsmarkt, der u. a. die Unterschiede bei der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen bestimmt. Ausreichende Erwerbsmöglichkeiten sind ein entscheidender, vielleicht sogar der entscheidende Faktor für gleichwertige Lebensbedingungen in der Region Mitteldeutschland. Innerhalb der LAG-Region Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen sind hier deutliche Unterschiede zu erkennen. Aber den drei Ländern ist eines gemein, nämlich der tief greifende und schnelle Strukturwandel am Anfang der 90er Jahre. Ab 1989 setzte eine Deindustrialisierung ein, die einen massiven Beschäftigungsverlust zur Folge hatte. So ging die Zahl der Beschäftigten im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe in Sachsen-Anhalt bis 1994 auf 27% zurück. In der Industrie kam es in den drei Ländern zu gravierenden Veränderungen der Branchenstruktur und grundlegenden Änderungen der Betriebsgrößenstruktur. In der Landwirtschaft waren die Verluste im Bereich Beschäftigung in den drei Ländern noch einschneidender. Ende 1993 waren nur noch 3,4% der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig, gegenüber 12% im Jahr 1988. Dagegen stieg im Baugewerbe (6,6% 1988 auf 12% 1993) und im Dienstleistungsbereich (1993 waren hier mehr als 50% der Beschäftigten tätig) der Anteil an den Beschäftigten insgesamt stark an (Zahlen aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder, Statistisches Bundesamt).

Die Arbeitslosenquote betrug 1993 etwa 20%. Auch im Jahr 2007 lag die Arbeitslosenquote mit 15,1% bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen noch weit über dem bundesdeutschen Durchschnitt (9,0%) (Quelle: Bundesagentur für Arbeit).

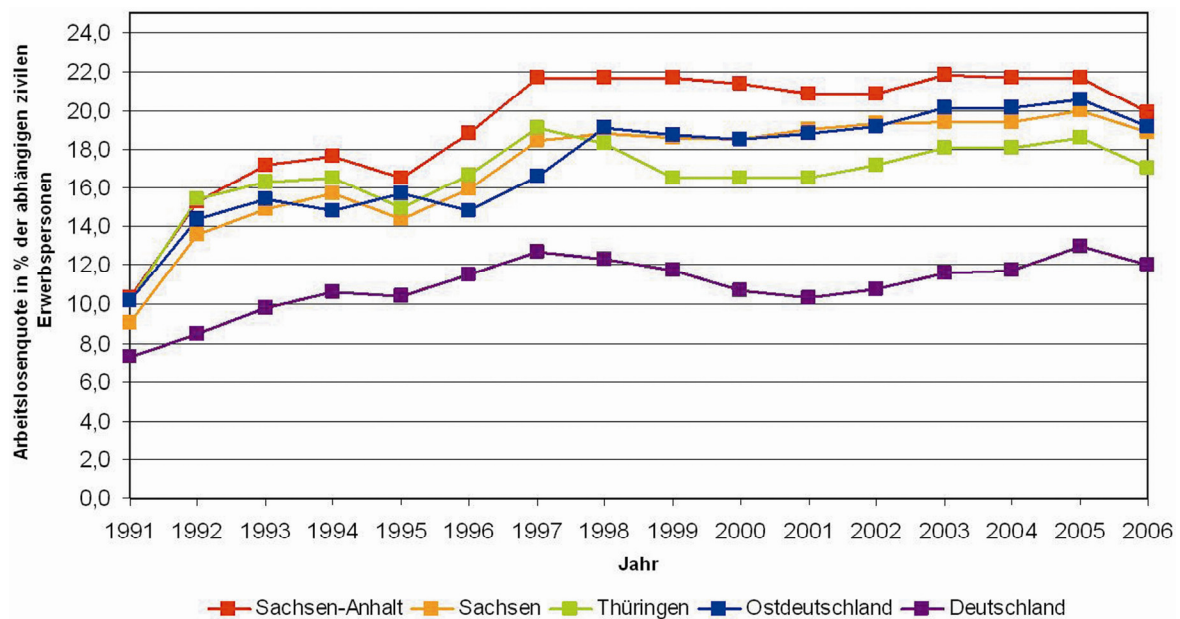
Tab. 1: Arbeitslosenquote in %

	2007	April 2008
<b>Sachsen</b>	14,7	13,6
<b>Sachsen-Anhalt</b>	16,0	14,9
<b>Thüringen</b>	13,2	12,0

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2007

Unter allen ostdeutschen Bundesländern weist Thüringen noch die geringste Arbeitslosenquote, gefolgt von Sachsen, auf. Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist in den drei Bundesländern weiterhin die vordringliche Aufgabe. Bedingt durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze, aber auch durch die unvermindert hohen Abwanderungsverluste, zeichnet sich bis April 2008 für die Länder Mitteldeutschlands ein positiver Trend ab. Jedoch liegt die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt um einen Prozentpunkt über dem Durchschnitt Ostdeutschlands. Die im Folgenden abgebildete Entwicklung seit 1991 zeigt aber auf, dass sich der Abstand der mitteldeutschen Länder zum Bundesdurchschnitt trotz der leicht rückgängigen Arbeitslosenquoten nicht wesentlich verringert hat.

Abb. 1: Arbeitslosenquote in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen



Quelle: Eigene Darstellung, Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit 2007

Aber auch innerhalb der drei Bundesländer zeigen sich deutliche regionale Unterschiede bei den Arbeitslosenquoten, wie die Tabelle 2 zeigt.

Tab. 2: Landkreise mit der höchsten und der niedrigsten Arbeitslosenquote in Mitteldeutschland 2006

<b>Sachsen</b>		<b>Sachsen-Anhalt</b>		<b>Thüringen</b>	
Niederschlesischer Oberlausitzkreis	20,3 %	LK Mansfelder Land	25,8 %	Kyffhäuserkreis	23,2 %
Weißeritzkreis	13,9 %	LK Saalkreis	11,8 %	LK Sonneberg	13,6 %

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2007

In den zwischen Sachsen-Anhalt und Thüringen angrenzenden Landkreisen Mansfelder Land und Kyffhäuserkreis zeigt sich noch heute der tief greifende Strukturwandel durch Wegbruch von Arbeitsplätzen im Berg- und Maschinenbau. Der Landkreis Niederschlesischer Oberlausitzkreis in Sachsen hat sowohl aufgrund der dezentralen Lage an der Grenze zu Polen als auch wegen Verlusten an Arbeitsplätzen im Bergbau und in der Textilindustrie eine hohe Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Die geringste Arbeitslosenquote weisen in Sachsen und Sachsen-Anhalt die Landkreise auf, die direkt an ein Oberzentrum angrenzen, während der Landkreis Sonneberg in Thüringen durch seine unmittelbare Nähe zur Wirtschaftsregion Coburg (Bayern) die Arbeitslosenquote relativ gering halten kann.

Die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verdeutlicht darüber hinaus, dass Mitteldeutschland vom bundesdeutschen Durchschnitt noch weit entfernt ist. Die Zahl der Beschäftigten nahm im Zeitraum 1994 bis 2006 in Sachsen und Thüringen um 19% ab – in Sachsen-Anhalt lag der Rückgang sogar bei 25%. Zwar nimmt die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auch bundesweit ab, jedoch liegt der Rückgang in den drei LAG-Ländern von 1994 bis 2006 um das Drei- bis Vierfache höher.

Tab. 3: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

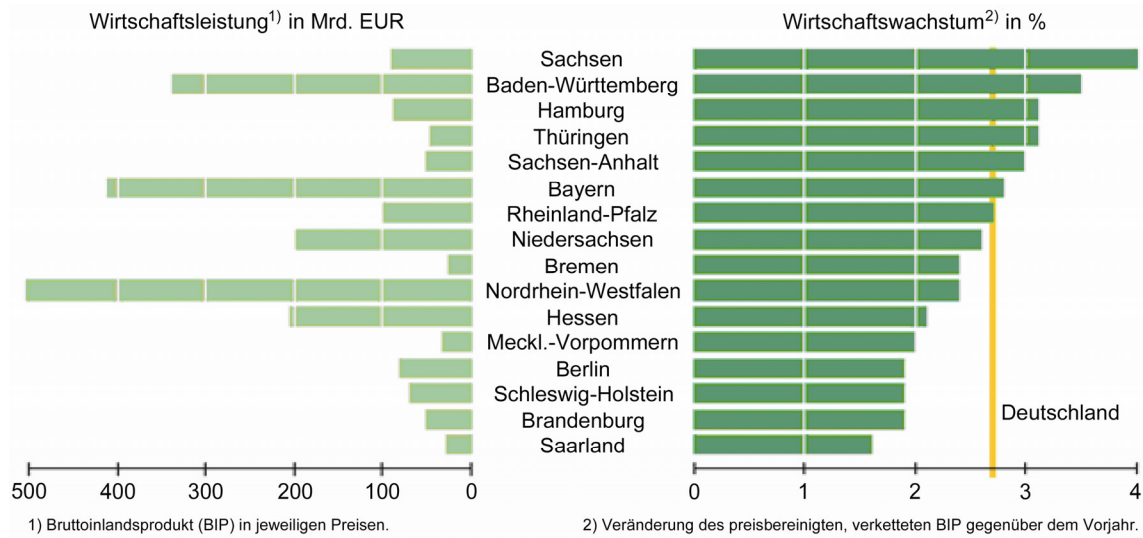
	<b>Juni 1994</b> in 1.000	<b>Juni 2006</b> in 1.000	<b>Veränderung</b> in %
<b>Sachsen</b>	1.661	1.343	-19,2
<b>Sachsen-Anhalt</b>	968	725	-25,1
<b>Thüringen</b>	884	713	-19,3
<b>Deutschland</b>	28.238	26.355	-6,7

Quelle: Statistische Landesämter

Durch den Wegbruch der großen Industriebetriebe der DDR konnte der Wegfall einer großen Zahl von Arbeitsplätzen durch die Neuentstehung kleiner und mittlerer Unternehmen bis heute nicht kompensiert werden. Darüber hinaus ist mit dem Übergang in die Marktwirtschaft eine grundlegend veränderte Betriebsgrößenstruktur entstanden, die sich dem bundesdeutschen Durchschnitt angenähert hat. Die Unternehmensdichte je 1.000 Einwohner weist jedoch in Mitteldeutschland zu den führenden Bundesländern noch einen großen Abstand auf (Unternehmen/1.000 EW in Sachsen-Anhalt 33, in Thüringen 38, in Sachsen 39 – in Bayern 48).

Aus Abb. 2 ist ersichtlich, dass die drei LAG-Länder im Jahr 2006 zwar neben Baden-Württemberg, Hamburg und Bayern ein über dem Bundesdurchschnitt liegendes Wirtschaftswachstum aufweisen (Sachsen liegt bundesweit mit einem Wirtschaftswachstum von ca. 4% an der Spitze), dieses Wachstum jedoch noch nicht ausreicht, um an die Wirtschaftskraft der großen Flächenländer anzuschließen. Betrachtet man darüber hinaus das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen für das Jahr 2006, lagen die drei LAG-Länder am Ende des Rankings in Deutschland. Hier ist der Abstand zwischen dem an der Spitze liegenden Hamburg (81 T €) und Thüringen (46 T €), Sachsen (47 T €) sowie Sachsen-Anhalt (50 T €) gravierend (Statistisches Bundesamt 2008).

Abb. 2: Wirtschaftsleistung und Wirtschaftswachstum 2006 in den Bundesländern



Quelle: Statistisches Bundesamt 2008

#### 4 Einkommensmöglichkeiten und Konsumpotenzial

In der Einkommensentwicklung ist ebenfalls ein starkes Ost-West-Gefälle sichtbar. Die Spanne der monatlichen Durchschnittsverdienste der Beschäftigten in Deutschland liegt zwischen 3.643 € in Hamburg und 2.169 € in Thüringen. Das heißt, ein Arbeitnehmer in Thüringen verdiente 2006 durchschnittlich 60% des Bruttomonatsverdienstes eines Hamburgers. Dagegen ist der Unterschied bei den Bruttomonatsverdiensten zwischen Männern und Frauen in den drei mitteldeutschen Ländern geringer als im Durchschnitt in Deutschland. Betrag der Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen in Deutschland ca. 20%, so lag er in den neuen Bundesländern bei ca. 12%. Das ist darauf zurück zu führen, dass der Anteil der Arbeitnehmerinnen in höher bezahlten Leistungsgruppen in Ostdeutschland doppelt so hoch ist wie in Westdeutschland.

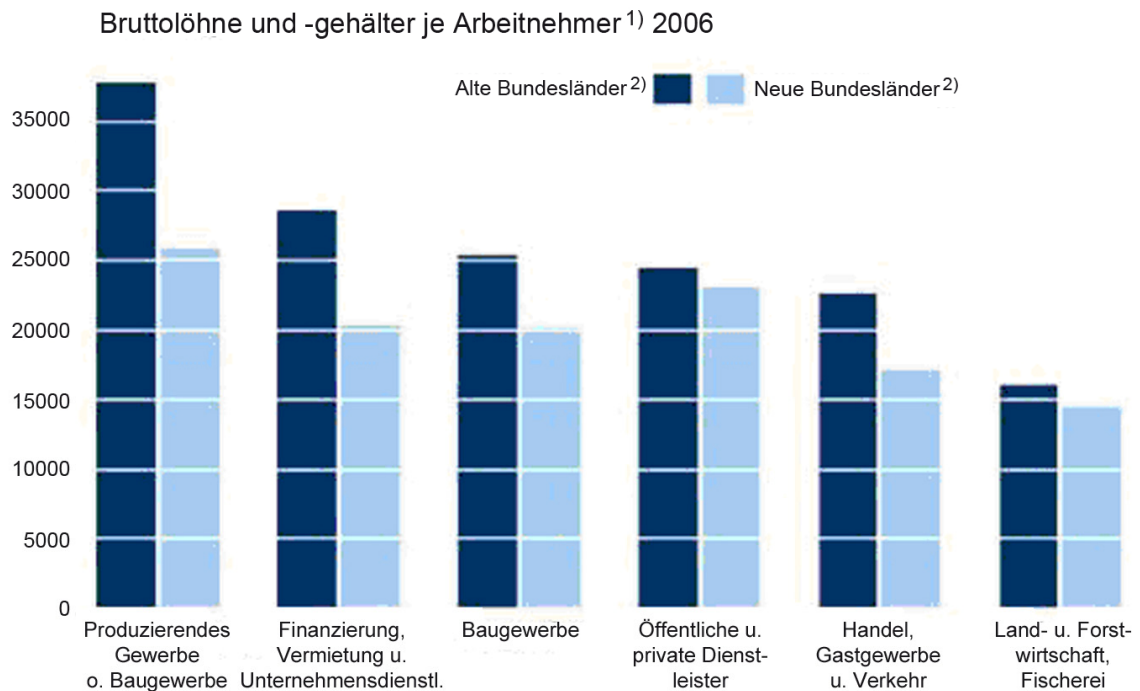
Tab. 4: Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer 2006 in ausgewählten Bundesländern, in Euro

	Männer	Frauen
<b>Hamburg</b>	3.863	3.105
<b>Hessen</b>	3.489	2.948
<b>Sachsen</b>	2.358	2.024
<b>Sachsen-Anhalt</b>	2.367	2.132
<b>Thüringen</b>	2.275	1.934
<b>Deutschland</b>	3.234	2.587

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008

Nach Wirtschaftsbereichen ist das Lohnniveau in Deutschland in den Bereichen öffentlicher Dienst und private Dienstleistungen sowie in der Land- und Forstwirtschaft relativ angeglichen. In allen anderen Wirtschaftsbereichen sind die Unterschiede weiterhin deutlich sichtbar, insbesondere im produzierenden Gewerbe. Teilweise ist das darauf zurückzuführen, dass in diesem Bereich von 1989 bis 1994 die größten Einbrüche in der Beschäftigung zu verzeichnen waren.

Abb. 3: Lohnniveau West/Ost nach Wirtschaftsbereichen



1) In jeweiligen Preisen

2) Ohne Berlin

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008

Bei den Lohnkosten weisen die mitteldeutschen Länder Standortvorteile auf. Das Lohnkostenniveau (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde) ist auch 2006 in den drei mitteldeutschen Ländern immer noch ein Fünftel niedriger als in den westlichen Bundesländern. Dieser Lohnkostenvorteil der Wirtschaft im Osten gegenüber dem Westen führte allerdings bisher nicht zu einem wirkungsvollen Abbau der Arbeitslosigkeit.

Aufgrund des fehlenden Arbeitsplatzangebotes sowie des geringeren Lohnniveaus haben alle drei Bundesländer hohe Arbeitspendelbewegungen über die Landesgrenze hinaus zu verzeichnen. Bis zu 18% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben ihren Arbeitsplatz außerhalb ihres Bundeslandes; mehr als 50% aller über die Landesgrenze pendelnden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten in westlichen Bundesländern.

Tab. 5: Arbeitspendlerzahlen über die Landesgrenze 2006

	Sozialversicherungspflichtig beschäftigter Auspendler über die Landesgrenze	Anteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten
<b>Sachsen</b>	122.405	9 %
<b>Sachsen-Anhalt</b>	127.472	18 %
<b>Thüringen</b>	122.838	17 %

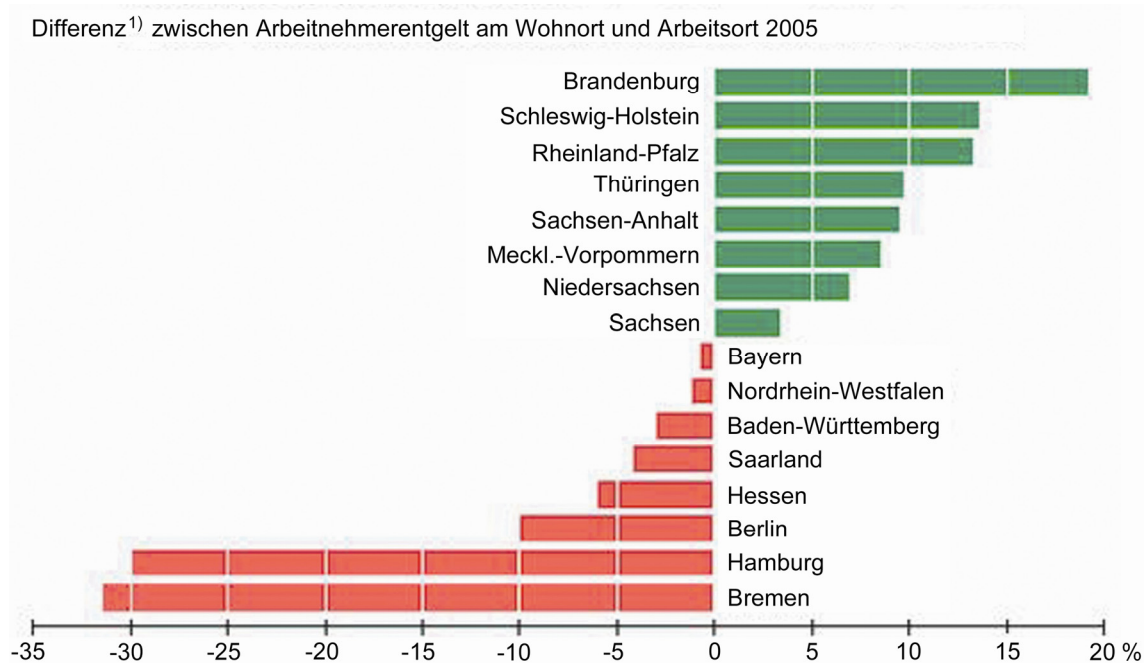
Quelle: Statistische Landesämter



■ Empirische Befunde zur Entwicklung der Lebensverhältnisse

Arbeitspendelbewegungen über die Landesgrenze sind neben den fehlenden Arbeitsplätzen im eigenen Land in hohem Maße durch höhere Löhne in anderen Bundesländern bedingt. So können Arbeitnehmer in Sachsen-Anhalt und Thüringen über 10% mehr Arbeitseinkommen erzielen, während die sächsischen Arbeitspendler ca. 4% gewinnen.

Abb. 4: Einkommenssalden der Pendlerströme



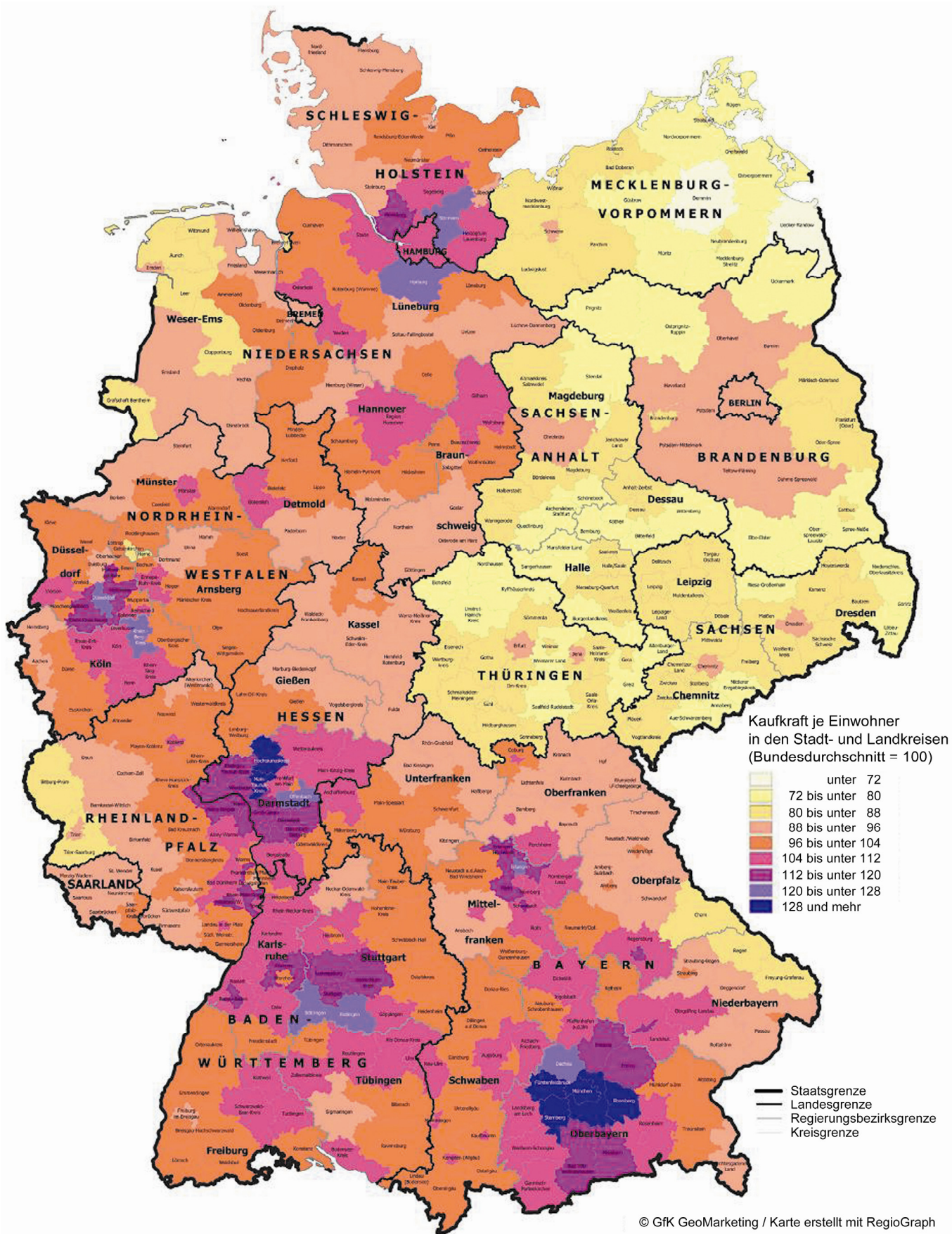
1) Bezogen auf das empfangene Arbeitnehmerentgelt am Wohnort (Plus) bzw. am Arbeitsort (Minus) in %.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008

Die höheren Arbeitseinkommen der über die Landesgrenzen Pendelnden bedeuten einen Einkommenszufluss für die drei Länder und wirken sich in einer steigenden Kaufkraft der Bevölkerung aus. Es ist aufgrund der Arbeitspendlerbewegungen über die Landesgrenzen jedoch zu befürchten, dass auch in den kommenden Jahren der Bevölkerungsverlust durch Wanderung nicht wesentlich eingedämmt werden kann. Insbesondere gut ausgebildete junge Leute werden die drei mitteldeutschen Länder verlassen, was sich etwa ab 2015 als Mangel an Fachkräften auswirken könnte.

Die Kaufkraft der Bevölkerung stellt einen weiteren Aspekt zur Bewertung der Lebensverhältnisse in Mitteldeutschland dar. Hier ist festzustellen, dass keine Region der mitteldeutschen Länder den Bundesdurchschnitt (= 100) erreicht. Überwiegend liegt die Kaufkraft bei etwa 85% des Bundesdurchschnitts. Unter diese Fallgruppe entfallen im Westen Deutschlands nur wenige Landkreise. Die Spitzenreiter in Mitteldeutschland wie Dresden und Chemnitz in Sachsen, Jena und Erfurt in Thüringen sowie der ehemalige Ohrekreis in Sachsen-Anhalt erreichen etwa 90% der bundesdurchschnittlichen Kaufkraft. Demgegenüber liegt in mehr als 50% der Landkreise der westlichen Bundesländer – wie der Abb. 5 zu entnehmen ist – die Kaufkraft über dem Bundesdurchschnitt.

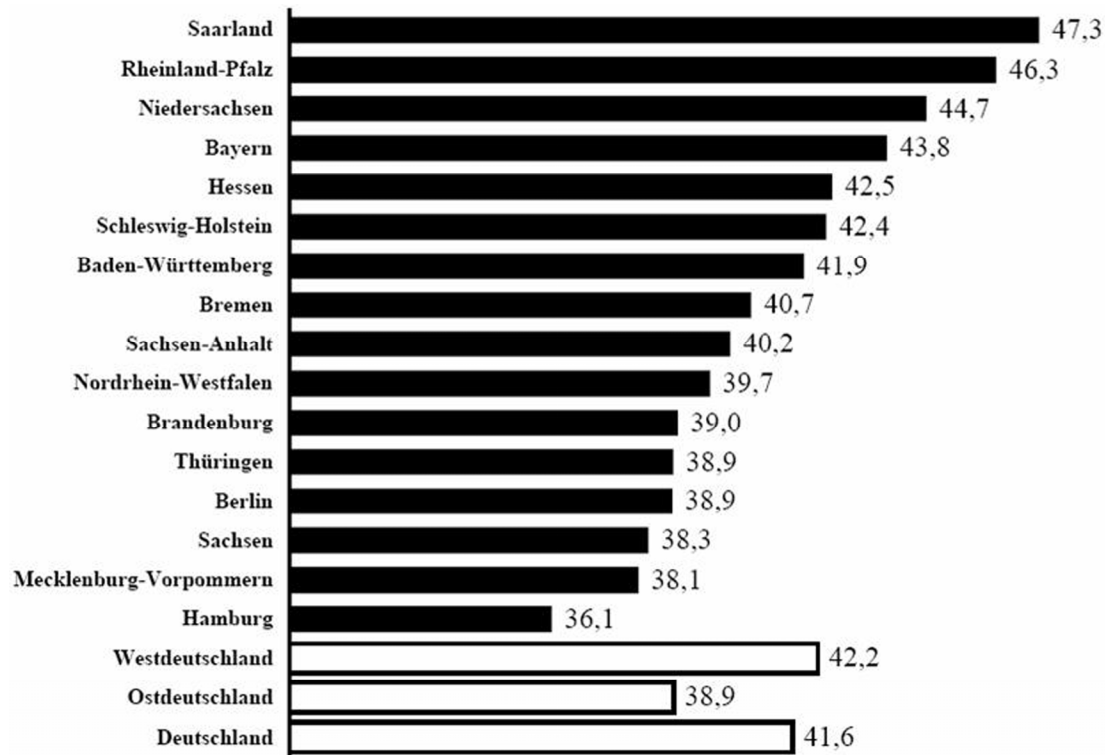
Abb. 5: Kaufkraft 2007



Quelle: Statistisches Bundesamt 2008

Trotz der Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse zwischen den westlichen Bundesländern und dem LAG-Gebiet ist festzustellen, dass sich die regionalen Lebensverhältnisse in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in den letzten 15 Jahren positiv entwickelt haben. Das zeigen vor allem die Verbesserungen im Bereich von Wohnqualität und -umfeld, in der Infrastrukturausstattung und im Bereich Umweltqualität. So hat sich die Wohnfläche je Einwohner von ca. 30 m<sup>2</sup> 1990 in Mitteldeutschland bis zum Jahr 2006 dem Bundesdurchschnitt stark angenähert.

Abb. 6: Wohnfläche je Einwohner 2006 in m<sup>2</sup>



Quelle: ifs – Institut für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen; Statistisches Bundesamt 2008

Durch umfangreiche Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen sowie Neubau konnte auch der Ausstattungsgrad der Wohnungen dem Bundesdurchschnitt stark angenähert werden.

## 5 Bevölkerungsentwicklung

Im Wendezeitraum Januar 1989 bis September 1990 verloren die drei Bundesländer durchschnittlich etwa 20.000 Einwohner pro Monat durch Abwanderung. Mit dem Abbau an Beschäftigung verschärfte sich der hohe Bevölkerungsrückgang in den drei Ländern weiter. Dieser war sowohl durch starke Wanderungsverluste u. a. in die Bundesländer Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen als auch zunehmend durch Einbrüche bei den Geburtenraten gekennzeichnet. Im Zeitraum 1990 bis 2006 nahm die Bevölkerung in den drei mitteldeutschen Ländern insgesamt zwischen 11 % in Sachsen und Thüringen sowie 15 % in Sachsen-Anhalt ab. Daran war die natürliche Bevölkerungsentwicklung jeweils zu mehr als 50 % beteiligt. Dieser Geburteneinbruch ist zurückzuführen auf die tief greifenden Änderungen der Wendezeit, die alle Lebensbereiche der Bevölkerung erfassten. Zunehmend verstärkte eine hohe Abwanderung junger Menschen diesen Trend. Ein Vergleich der Geburten der Jahre 1990 und 2006 zeigt die Dimension der Veränderungen.

Tab. 6: Geburten 1990 und 2006

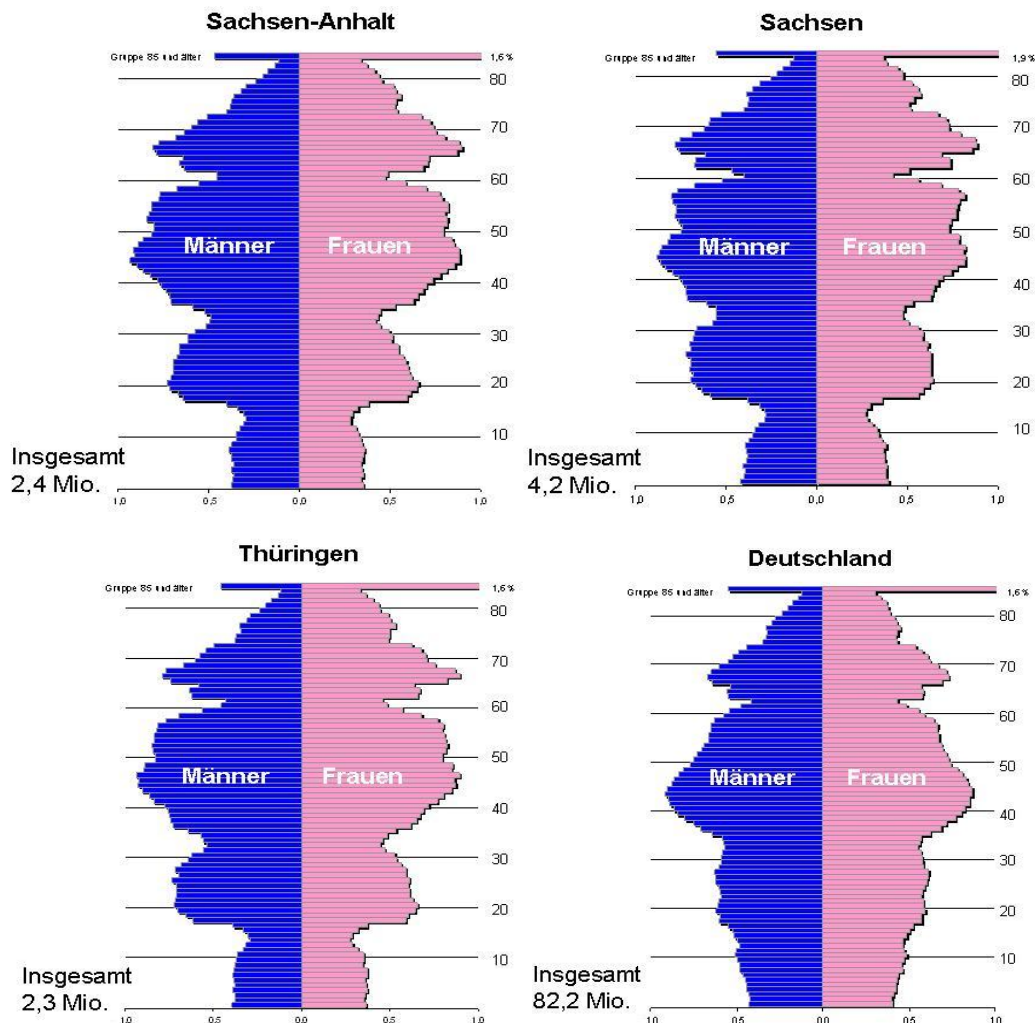
	1990	2006	Abnahme 1990 bis 2006
<b>Sachsen</b>	49.774	32.556	-35 %
<b>Sachsen-Anhalt</b>	31.837	16.927	-47 %
<b>Thüringen</b>	28.674	16.402	-43 %

Quelle: Statistische Landesämter

Diese Entwicklung wirkte sich gravierend auf die Altersstruktur der Bevölkerung in Mitteldeutschland aus. So verringerte sich der Anteil der 0- bis 15-Jährigen an der Gesamtbevölkerung in den drei mitteldeutschen Ländern von ca. 19% 1990 auf ca. 10% 2005. Dagegen verringerte sich der Anteil dieser Altersgruppe in Deutschland insgesamt nur um ca. 3% von 16% 1990 auf 13% 2005 (Statistische Landesämter, Statistisches Bundesamt 2008).

Wie die Gegenüberstellung der Lebensbäume in Abb. 7 zeigt, weichen die drei Bundesländer insbesondere in den unteren Altersgruppen erheblich vom Bundesdurchschnitt ab als Folge der Abwanderung junger Leute, insbesondere junger Frauen.

Abb. 7: Alterstruktur am 31.12.2007 dargestellt an Lebensbäumen (prozentuale Darstellung)



Quelle: Eigene Darstellung, Datengrundlage: Statistisches Bundesamt 2008

Die Auswirkungen der Abwanderung und des Geburteneinbruchs für die Alterstruktur in den drei mitteldeutschen Bundesländern werden nach 2015 einschneidend sein, insbesondere im Verhältnis des Anteils der Arbeitsfähigen zu den Rentnern. So wird nach amtlicher Vorausberechnung der Anteil der Arbeitsfähigen an der Gesamtbevölkerung in den drei mitteldeutschen Ländern von 67% in 2005 auf 62% im Jahr 2020 sinken, während die Zahl der Rentner von 22% in 2005 auf 27% in 2020 (Vorausberechnungen der Länder) ansteigen wird. Ein wesentlicher Grund für die hohen Abwanderungswerte ist die mit dem Zusammenbruch der Wirtschaft, insbesondere der Industrie, nach der Wende einhergehende weit über dem Bundesdurchschnitt liegende Arbeitslosenquote.

## 6 Aussagen aus planerischer Sicht

Die empirischen Befunde zeigen auf, dass die drei Bundesländer bei den hier betrachteten Indikatoren zwar Fortschritte erzielt haben, aber den Bundesdurchschnitt vielfach noch nicht erreichen konnten.

Für die weitere Entwicklung der Lebensverhältnisse ist neben der Steigerung der Wirtschaftskraft vor dem Hintergrund der in allen drei Ländern weiter rückläufigen Einwohnerentwicklung die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge ein entscheidender Faktor sowie ein Schwerpunkt der Aufgabenwahrnehmung von Raumordnung und Landesplanung im Zusammenwirken mit den Fachplanungen. Die Sicherung des Zugangs der Bevölkerung insbesondere zu Bildung und ärztlicher Versorgung auch in ländlich strukturierten Regionen mit geringer Einwohnerdichte stellt hier eine besondere Herausforderung dar. Das Zentrale-Orte-System ist das raumordnerische Instrument, mit dem die Leistungserbringung der Daseinsvorsorge in den Ländern räumlich zu organisieren ist. Es dient

- der standörtlichen Bündelung von Struktur- und Entwicklungspotenzialen an Zentralen Orten,
- der Lenkung der räumlichen Entwicklung auf leistungsfähige Zentren und tragfähige Standortstrukturen,
- der ausreichenden Versorgung der Bevölkerung und Wirtschaft in allen Teilen des Landes.

In Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wird das System der Zentralen Orte seit Anfang der 90er Jahre als Planungssystem angewendet. Zu Beginn der 90er Jahre war durch das Zentrale-Orte-System insbesondere eine räumliche Lenkung des Wohnungsbaus, der Ansiedlung von Industrie und Gewerbe sowie der Errichtung großflächiger Einzelhandelsbetriebe notwendig. Durch Suburbanisierungsprozesse hatten die großen Orte, insbesondere die Oberzentren der drei Länder, in den 90er Jahren einen Verlust an Einwohnern und Wirtschaftskraft zu verzeichnen. Dieser Prozess ist weitgehend zum Stillstand gekommen; einige Oberzentren können eine Rückwanderungstendenz verzeichnen, die zur Stabilisierung und Stärkung ihrer Funktion als Kerne wirtschaftlicher Entwicklung und Schwerpunkte der Versorgung beiträgt. Dagegen ist in ökonomisch benachteiligten Räumen, wie in Sachsen die Lommatscher Pflege (siehe Beitrag Winkel/Lüdigg in diesem Band), in Sachsen-Anhalt die Altmark (siehe Beitrag Schmidt in diesem Band) und in Thüringen der Kyffhäusergebiet, die Sicherung der Daseinsvorsorge, insbesondere für den Zeitraum nach 2010, eine besondere Herausforderung und erfordert neue Ansätze der Raumordnung und der Fachplanungen (siehe Beitrag Kaps/Gather zur Schulnetzplanung Nordthüringen).

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und knapper werdender öffentlicher Mittel ist eine noch stärkere Bündelung von Infrastruktureinrichtungen auf leistungsfähige Zentrale Orte unerlässlich. Die Zentralen Orte müssen die Funktion von Stabilisierungs- und Entwicklungsknoten im Raum übernehmen. Dies ist insbesondere in den dünn besiedelten Räumen des LAG-Gebietes erforderlich, um bei notwendigem Rückbau unkoordinierte Schließungen von Infrastruktureinrichtungen zu vermeiden. Für private Versorger müssen die Zentralen Orte ein tragfähiges Standortsystem bieten, um der Bevölkerung den Zugang zu Einrichtungen der Grundversorgung in angemessener Zeit zu gewähren. Kommunale Kooperationen werden hier zunehmend an Bedeutung gewinnen. Darüber hinaus wird es erforderlich sein, in engem Zusammenwirken der Raumordnung mit der regionalen und kommunalen Ebene sowie den Fachplanungen Konzepte zur Neuorganisation von Leistungen insbesondere in den Bereichen Bildung, ärztliche Versorgung, öffentlicher Personennahverkehr sowie Ver- und Entsorgung zu entwickeln. Auch in ländlichen Regionen mit geringer Einwohnerdichte darf sich der Anpassungsprozess dabei nicht auf die Reduzierung von Angeboten beschränken, sondern es müssen neue Angebotsformen und effizientere Strukturen entwickelt werden. Auch die Entwicklung integrierter Finanzierungsinstrumente für die Umsetzung dieser Strategien muss Bestandteil weiterer Betrachtungen sein. Im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs führt eine rückläufige Bevölkerungszahl tendenziell zu geringeren Zuweisungen. Die Zusatzkosten, die mit einer geringen Bevölkerungsdichte verbunden sind, sollten hier zukünftig stärkere Berücksichtigung finden.

## Literatur

- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (2006): Gleichwertige Lebensverhältnisse: eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe neu interpretieren! Positionspapier aus der ARL Nr. 69. Hannover.
- Barlösius, E. (2006): Gleichwertig ist nicht gleich. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 37/2006.
- Beirat für Raumordnung (2005): Stellungnahme zur raumordnerischen Diskussion der Ausgestaltung des Leitprinzips „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2005): Raumordnungsbericht 2005. Bonn.
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (1991): Raumordnungsbericht 1991. Bonn.
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (1993): Raumordnerischer Orientierungsrahmen. Bonn.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2006): Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland.
- Bundesagentur für Arbeit (2007): Die Arbeitslosenzahlen im Zeitverlauf. Nürnberg.
- Gather, M.; Kaps, M. (2009): Öffentliche Daseinsvorsorge unter Schrumpfungsbedingungen: Das Beispiel der Schulnetzplanung in Nordthüringen (in diesem Band).
- Schmidt, U. (2009): Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen im ländlichen Raum – das Beispiel Altmark (in diesem Band).
- Statistisches Bundesamt (2008): Die Bundesländer: Strukturen und Entwicklungen. Wiesbaden.
- Winkel, R.; Lüdigg, R. (2009): Gleichwertigkeit von Daseinsbedingungen in ländlichen Räumen? Die Lommatzcher Pflege (in diesem Band).